

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)

vom 24. Februar 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Februar 2023)

zum Thema:

Bahnhof Frankfurter Allee und Ring Center – Wie können Sicherheit, Sauberkeit, Präventions- und Hilfsangebote verbessert werden?

und **Antwort** vom 14. März 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. März 2023)

Senatsverwaltung für Integration,
Arbeit und Soziales

Herrn Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)

über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/14969

vom 24.02.2023

über Bahnhof Frankfurter Allee und Ring Center – Wie können Sicherheit, Sauberkeit, Präventions- und Hilfsangebote verbessert werden?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung: Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Im Sinne einer sachgerechten Antwort hat der Senat die Bezirksämter Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg um Textbeiträge gebeten, die nachstehend wiedergegeben werden.

1. Wie bewerten die Sozialämter der Bezirke Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg die Entwicklung seit 2016 im Umfeld des S- und U-Bahnhofes Frankfurter Allee sowie des Ring Centers im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit, Sauberkeit sowie jeweils welcher dort stattfindenden Präventions- und Hilfsangebote für wohnungslose und / oder andere hilfsbedürftige Menschen?

Zu 1.: Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg berichtet hierzu: „Im Amt für Soziales wird seit Juni 2021 eine Statistik über Beschwerden bezüglich wohnungsloser oder hilfebedürftiger Personen im öffentlichen Raum geführt. Zu vorherigen Jahren liegen keine Informationen vor.“

Die Beschwerden werden in einer Fachämterrunde mit dem Ordnungs- und dem Straßen- und Grünflächenamt besprochen, und es werden gemeinsam Maßnahmen vereinbart, wie Schwerpunktreinigungen, Einschaltung der aufsuchenden Straßensozialarbeit (derzeit noch über einen freien Träger) zur Information über Beratungs- und Hilfsangebote zur Beendigung der Obdachlosigkeit bis hin zu Räumungen der entstandenen Camps oder Lager, wenn dies sicherheits-/verkehrstechnische Belange erfordern.

Eine Zuspitzung der Lage am S-Bahnhof Frankfurter Allee wurde in September 2021 beobachtet. Zu diesem Zeitpunkt erhöhte sich die Anzahl der sich unter der Unterführung aufhaltenden Menschen so stark, dass der Gehweg für den Fußgängerverkehr sehr stark in der Nutzungsfähigkeit eingeschränkt wurde. Beratungsangebote erfolgten durch aufsuchende Straßensozialarbeit, die damit verbundenen Unterbringungsangebote wurden jedoch durch die sich dort aufhaltenden Menschen abgelehnt. Da sich die Situation trotz aufsuchender Straßensozialarbeit nicht entspannte, wurde eine Räumung des Lagers daraufhin Anfang 2022 durchgeführt. Die bis dahin anwesenden Personen sind daraufhin entweder abgewandert oder wurden in geringem Umfang untergebracht.

Der Ort gilt weiterhin als Schwerpunkt und steht in Abstimmung der beteiligten Fachämterrunde unter Beobachtung.“

Das Bezirksamt Lichtenberg berichtet hierzu: „Belange öffentlicher Sicherheit und Sauberkeit sind nur im Falle von freiwilligen Unterbringungen nach dem Allgemeinen Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz - ASOG Bln) originärer Zuständigkeitsbereich der Ämter für Soziales. Individuelle Hilfsangebote für wohnungslose Menschen im Bezirk Lichtenberg hingegen werden anlassbezogen und regelmäßig sehr kurzfristig über das bezirklich zuwendungsgeförderte Projekt Aufsuchende Sozialarbeit Lichtenberg/ASL geleistet. Dieses Projekt ist jedoch im Fördervolumen sehr begrenzt und kein klassisches Projekt der Straßensozialarbeit, in dem regelmäßig bestimmte öffentliche Räume besucht würden. Einsätze finden aufgrund von Hinweisen bzw. Meldungen (z. B. des Ordnungsamtes) oder eigenen Beobachtungen im Einzelfall statt.

Die Einsatzorte des Projekts ASL lagen hierbei jedoch nur in seltenen Fällen in dem hier benannten Gebiet, da der häufig von (mutmaßlich) wohnungslosen Menschen frequentierte Bereich unter der Brücke zwischen Ringcenter und S-Bahnhof zum Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gehört und potentielle Meldungen richtigerweise an die zuständigen Stellen des Nachbarbezirks gerichtet werden.“

2. Wie bewerten die Ordnungsämter der Bezirke Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg die Entwicklung seit 2016 im Umfeld des S- und U-Bahnhofes Frankfurter Allee sowie des Ring Centers im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit, Sauberkeit sowie jeweils welcher dort stattfindenden Präventions- und Hilfsangebote für wohnungslose und / oder andere hilfsbedürftige Menschen?

Zu 2.: Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg berichtet hierzu: „Der Bereich um den S- und U-Bahnhof bzw. vor dem Ring-Center an der Frankfurter Allee (unter der Brücke) war bis Anfang 2022 häufig bis ständig Aufenthaltsort einer Mehrzahl obdachloser Menschen mit negativen Auswirkungen wie z. B. erheblicher Vermüllung. Häufig wurde dabei der Gehweg in einer Weise mit in Beschlag genommen, die es Passantinnen und Passanten erschwerte, ihn zu benutzen. Das Ordnungsamt hat – an diesem wie an anderen Orten – in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialamt und der von ihm beauftragten aufsuchenden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, der Polizei Berlin sowie der Berliner Stadtreinigung, wiederholt Maßnahmen durchgeführt. Diese Maßnahmen umfassten die Beauftragung der Reinigung der Fläche sowie die Erteilung von Platzverweisen, jedoch wirkten diese rein rechtlich nur 24 Stunden.

Seit Anfang 2022 wurde – auch aufgrund einer Vielzahl von Beschwerden von Passantinnen und Passanten, wie auch z. B. dem Center-Management – in Absprache mit den genannten Partnern, die Kontroll- und Maßnahmenfrequenz unter Einsatz erheblicher Ressourcen bei Vernachlässigung anderer Aufgaben bzw. Orte, dergestalt erhöht, dass seither keine dauerhafte Campbildung mehr stattgefunden hat. Zwar haben sich mehrfach auch im Jahr 2022 noch Personen tagsüber in diesem Bereich aufgehalten. Dieser Sachverhalt rechtfertigte allerdings keine Platzverweise, denn das reine Sich-Aufhalten im öffentlichen Raum ohne entsprechende negative Auswirkungen und ohne Einrichtungsgegenstände ist erlaubt.

Gegenstand der bezirklichen Maßnahmen sind bzw. waren stets auch Hilfsangebote, die jedoch häufig nicht angenommen wurden bzw. werden.“

Das Bezirksamt Lichtenberg berichtet hierzu: „Obdachlose Menschen halten sich in der Mehrheit, in der Regel schutzsuchend vor Witterungseinflüssen, unter der Bahnunterführung Frankfurter Allee auf. Dieser Bereich liegt in der Zuständigkeit des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg. Im angrenzenden Bereich des Bezirkes Lichtenberg gab es in der Vergangenheit vereinzelt Niederlassungen von obdachlosen Personen auf der Grünfläche entlang der Gürtelstraße, ebenso der Versuch, eine Fahrradabstellanlage in der Möllendorffstraße, unmittelbar neben dem Ringcenter, mit Habseligkeiten zu einer provisorischen Obdachlosenunterkunft zweckzuentfremden. Diese Aktivitäten konnten jedoch durch Präventionsmaßnahmen seitens des Allgemeinen Ordnungsdienstes/AOD zufriedenstellend gelöst werden.

Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden den obdachlosen Personen auch Möglichkeiten der Beratung und alternative Möglichkeiten zur Unterbringung durch verschiedene Träger, wie z.B. KARUNA Sozialgenossenschaft e. G., dem Verein für Berliner Stadtmission (Tragfluthalle Containerbahnhof) oder dem Caritasverband im Erzbistum in Berlin e. V. nähergebracht.

In Bezug auf die Sicherheit und Sauberkeit rund um den S- und U-Bahnhof Lichtenberg und das angrenzende Ringcenter stellt diese Thematik für das Ordnungsamt Lichtenberg jedoch keinen Schwerpunkt dar.“

3. Wie bewerten Polizei und Feuerwehr die Entwicklung seit 2016 im Umfeld des S- und U-Bahnhofes Frankfurter Allee sowie des Ring Centers im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit, Sauberkeit sowie jeweils welcher dort stattfindenden Präventions- und Hilfsangebote für wohnungslose und / oder andere hilfsbedürftige Menschen?

Zu 3.: Die Entwicklung der von der Polizei Berlin erfassten Delikte der Straßenkriminalität am S- und U-Bahnhof Frankfurter Allee, dem Ringcenter sowie in dessen Umgebung in einem Radius von 200 Metern sind nachfolgender Tabelle zu entnehmen. Die Daten wurden der fortgeschriebenen polizeilichen Eingangsstatistik (sog. Verlaufsstatistik) Datawarehouse Führungsinformation (DWH FI) entnommen. Da DWH FI stets den tagesaktuellen Stand der im Polizeilichen Landssystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS) erfassten Daten widerspiegelt, unterliegt der Datenbestand einer fortlaufenden Änderung. Dadurch können unterschiedliche Abfragezeitpunkte zu voneinander abweichenden Ergebnissen führen.

Delikt / Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (bis 28.02.)
Baustelleneinbruch	0	2	4	0	0	0	4	0
Brandstiftung	1	0	0	0	3	1	1	0
Diebstahl an/aus Kfz	16	18	14	13	27	12	18	3
Fahrraddiebstahl	151	152	134	94	85	74	81	11
Geschäfts- und Betriebseinbruch	12	10	15	17	8	14	19	0
Keller- und Bodeneinbruch	7	5	13	32	3	5	2	0
Körperverletzung (gefährliche und schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	8	9	21	30	28	14	16	1
Kraddiebstahl	2	0	0	0	0	4	2	1
Kraftwagendiebstahl	3	3	0	1	2	2	1	0
Raub	6	9	12	13	9	10	8	4

Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	28	19	19	22	25	16	27	3
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen Feuer	1	0	2	0	0	1	0	0
Straftaten i. Z. m. BtMG/NpSG	16	42	46	42	43	38	40	7
Taschendiebstahl	228	112	100	90	81	104	135	30
Wohnungseinbruch	3	3	1	3	3	0	1	0
gesamt	482	384	381	357	317	295	355	60

Quelle: DWH FI, Stand: 3. März 2023

Im Umfeld des Ring-Centers gab es durch die Polizei Berlin im erfragten Zeitraum nur vereinzelte Feststellungen von wohnungslosen und/ oder anderen hilfsbedürftigen Menschen, was auf eine in unmittelbarer Nähe eingerichtete Übernachtungsmöglichkeit der Berliner Stadtmission zurückgeführt wird.

Die Berliner Feuerwehr verzeichnet allerdings ein erhöhtes Einsatzaufkommen im Zusammenhang mit wohnungslosen und anderen hilfsbedürftigen Personen. Der Einsatzschwerpunkt liegt hierbei im Bereich des Rettungsdienstes, obgleich auch immer wieder Brandereignisse und Hilfeleistungseinsätze im Zusammenhang mit der oben genannten Wohnunterkunft für Obdachlose abgearbeitet wurden.

4. Wie bewertet die BVG die Entwicklung seit 2016 im Umfeld des S- und U-Bahnhofes Frankfurter Allee sowie des Ring Centers im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit, Sauberkeit sowie jeweils welcher dort stattfindenden Präventions- und Hilfsangebote für wohnungslose und / oder andere hilfsbedürftige Menschen?

Zu 4.: Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe berichtet, dass der Umgang der BVG mit Personen ohne Fahrtabsicht seit Jahren vor allem durch ein hohes Maß an Toleranz und Sensibilität unserer Sicherheitskräfte geprägt ist. Es wird ein Netzwerk an verschiedenen Einrichtungen und sozialen Trägern gepflegt, um bei Bedarf Unterstützung zu vermitteln.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen, werden auf Bahnhöfen mit einer hohen Frequenz von Personen ohne Fahrtabsicht Aushänge plakatiert, auf denen mehrsprachig über Notunterkünfte informiert wird. Auch alle Sicherheitsbeschäftigten werden über die aktuellen Kontaktadressen informiert, um sie bei Bedarf an Personen weitergeben und mit konkreten Antworten weiterhelfen zu können.

Insbesondere zur kalten Jahreszeit finden im Umfeld des Bahnhofs Frankfurter Allee Sonderdienste statt und der Bahnhof wird priorisiert bestreift. Im Rahmen der gemeinsamen Streifen mit der Polizei wird dieser Bahnhof ebenfalls angefahren. Nach Bedarf werden weitere Einsatzkräfte (Polizei, Rettungswagen) oder sozialer Träger (z. B. Kältebus, Verein für Berliner Stadtmission) hinzugezogen.

5. Wie bewerten die vom Land oder den genannten Bezirken finanzierten Zuwendungsempfänger, die im Umfeld des S- und U-Bahnhofes Frankfurter Allee sowie des Ring Centers seit 2016 Sozialarbeit leisten, die Entwicklung im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit, Sauberkeit sowie jeweils welcher dort stattfindenden Präventions- und Hilfsangebote für wohnungslose und / oder andere hilfsbedürftige Menschen?

Zu 5.: Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg berichtet hierzu: „Im EhAP-Plus-Programm (Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen) teilten Mitarbeitende der aufsuchenden Straßensozialarbeit auf Nachfrage mit, dass sich aus ihrer Sicht die Situation rund um den S- und U-Bahnhof Frankfurter Allee nicht wirklich gut bewerten lasse. EHAP bzw. EhAP+ war nur dann involviert, wenn es um eine Beschwerdesituation bzw. zu einer Räumung kam, also eher nicht präventiv.

Grundsätzlich ist zu den Personen, um die es geht, zu sagen, dass es sich in der Regel um Menschen mit einer „chronifizierten Obdachlosigkeit“ handelt. Das heißt, dass die Menschen oft schon viele Jahre auf der Straße leben und nur schwer in das bestehende System der Berliner Wohnungslosenhilfe zu integrieren sind. Aus diversen persönlichen Gründen wollen oder können sie sich nicht integrieren (lassen).

Zudem ist der Bahnhof auf Grund des hohen Passantenaufkommens und als Verkehrsknotenpunkt ein beliebter Ort und Anziehungspunkt, auch wenn die Notunterkunft am Containerbahnhof („Halle-Luja“) hinter dem Ringcenter ansonsten weitestgehend die einzige Anlaufstelle für die Bedürfnisse der auf der Straße lebenden Menschen in dieser Gegend ist.

Seit geraumer Zeit kam im EhAP-Plus-Projekt keine Beschwerde zu den genannten Örtlichkeiten an. Die letzte Meldung war vom 27.07.22 und betraf die Gürtelstraße in unmittelbarer Nähe, also nicht die Frankfurter Allee direkt.“

Das Bezirksamt Lichtenberg berichtet hierzu: „Das seit Sommer 2019 bezirklich zuwendungsgeförderte Projekt Aufsuchende Sozialarbeit Lichtenberg/ASL hatte zuletzt am 15.02.2023 um 7:00 Uhr am Morgen den Bereich U Bhf. Frankfurter Allee (Lichtenberg) sowie die Tram-Haltestelle Frankfurter Allee sowie die Umgebung Ring Center Frankfurter Allee aufgesucht und angetroffene obdachlose Menschen angesprochen und Hilfe- und Unterstützungsangebote vorgehalten. Hierzu wurde dem Amt für Soziales zurückgemeldet, dass die angesprochenen Personen verdeutlichten, keinerlei weitere Unterstützung und Hilfe zu benötigen. Man kenne sich sehr gut im Bereich aus, die Angebote der Berliner Kältehilfe wären bekannt und man wisse, wie man sich mit Kleidung, Essen etc. versorgen könne. Die Personen befinden sich seit längerer Zeit in der Szene. Die Hygienesituation wurde als

schlecht eingeschätzt, da kein Zugang zu einer Toilette und auch kein Zugang zu fließendem Wasser vorhanden ist.

Es wurde auf dem U-Bahnhof Kontakt zu der BVG-Sicherheit aufgenommen und Informationsmaterial der Berliner Kältehilfe, Flyer von der Sozialen Wohnhilfe, sowie die Kontaktdaten von Beratungsstellen übergeben und angeboten, um bei Bedarf den Kontakt zum Projekt aufzunehmen.“

6. Wie gestaltet sich ggf. die Kommunikation und Zusammenarbeit der unter 1. bis 5. genannten Akteuren seit 2016 mit der DB AG und dem Centre-Management des Ring-Centers im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit, Sauberkeit sowie jeweils welcher dort stattfindenden Präventions- und Hilfsangebote für wohnungslose und / oder andere hilfsbedürftige Menschen?

Zu 6.: Das BA Friedrichshain-Kreuzberg berichtet hierzu: „Eine konkrete Kommunikation mit z. B. mit der Deutschen Bahn AG bzw. mit dem Center-Management des Ring-Centers im Hinblick auf das Umfeld des S- und U-Bahnhofes Frankfurter Allee gibt es nicht, allerdings anlassbezogene Gespräche des Bezirksamtes mit der Deutschen Bahn AG zur Zukunft des Containerbahnhofes oder zur Obdachlosigkeit am Ostbahnhof.“

Das Bezirksamt Lichtenberg berichtet hierzu: „Das Center-Management und das Bezirksamt Lichtenberg pflegen einen regelmäßigen Austausch. Außerdem wird es bezirksamtsintern abteilungsübergreifende Vereinbarungen geben, um der bekannten Situation adäquat und abgestimmt begegnen zu können.“

7. Welche Maßnahmen oder Projekte sind zukünftig geplant und werden voraussichtlich wann anlaufen, um die öffentliche Sicherheit, Sauberkeit und die Präventions- und Hilfsangebote für wohnungslose und/oder andere hilfsbedürftige Menschen zu verbessern?

Zu 7.: Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg berichtet hierzu: „Durch den ämterübergreifenden Austausch werden Brennpunkte in der Bezirksregion schnell bekannt. Die aufsuchende Straßensozialarbeit der freien Träger wird künftig ergänzt durch eine bezirkseigene, um Beratungen und Hilfsangebote für auf der Straße lebende Personen intensivieren zu können.

Außerdem wurde im Rahmen eines Modellprojektes ein erster „Safe Place“ am Ostbahnhof eröffnet, dem weitere an anderen Örtlichkeiten folgen sollen, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Auch für weitere solcher „Safe Places“ wäre eine enge Begleitung durch kooperierende Straßensozialarbeit gegeben.

Das Ordnungsamt wird die Örtlichkeit im Blick behalten und bei erneuter Campbildung möglichst frühzeitig – in Zusammenarbeit mit den unter 2. genannten Partnern – tätig werden. Obdachlosigkeit lässt sich allerdings nicht mit ordnungsbehördlichen Mitteln beseitigen.

Das Bezirksamt Lichtenberg berichtet hierzu: „Das Center-Management und das Bezirksamt Lichtenberg pflegen einen regelmäßigen Austausch. Außerdem wird es bezirksamtsintern abteilungsübergreifende Vereinbarungen geben, um der bekannten Situation adäquat und abgestimmt begegnen zu können.“

Der Berliner Senat hat in den vergangenen Jahren die Infrastruktur sowie die Angebote für wohnungslose Menschen stark ausgebaut. Das betrifft alle Angebote im gesamten Integrierten Sozialprogramm/ISP unter u. a. den Bereich der aufsuchenden Straßensozialarbeit.

Die (aufsuchende) Straßensozialarbeit stellt ein Arbeitsfeld in der Sozialen Arbeit dar, um auf der Straße lebende Zielgruppen zu unterstützen, deren besondere Lebenslagen in der Regel mit sozialen Schwierigkeiten verknüpft sind. Zur Zielgruppe gehören vor allem Personengruppen wie Obdachlose, Drogenkonsumenten und/oder Prostituierte. Besonderheit der Zielgruppe ist, dass Beratungsstellen mit einer „Komm-Struktur“ diese nicht mehr oder nur gelegentlich erreicht.

Die Zielgruppe ist auf eine aufsuchende Arbeit angewiesen, um notwendige Unterstützungsangebote zu erhalten. Die Straßensozialarbeit unterbreitet insbesondere psychosoziale Beratungs- und Versorgungsangebote und zu gesundheitlichen Aspekten.

Ziel ist die Vermittlung in Angebote der Regelversorgung, um die vorhandenen Leistungsangebote in Anspruch nehmen zu können.

Methodisch erfolgt dies über Kontaktaufnahme und Vertrauensaufbau, um die erforderlichen Ressourcen zu erschließen und mit eigener Motivation das o. g. Ziel zu verfolgen.

Der Beratungsansatz ist der am stärksten niedrigschwellig arbeitende in der Sozialen Arbeit. Als Zugangsvoraussetzungen für die Beratung besteht lediglich die Bereitschaft, gewaltfrei miteinander zu kommunizieren. Bedarfs- und/oder Identitätsprüfungen vorab erfolgen nicht.

Die für Soziales zuständige Senatsverwaltung fördert im Rahmen des Integrierten Sozialprogramms / ISP seit über 20 Jahren Projekte der Straßensozialarbeit, deren Wirkungskreis insgesamt gesamtstädtisch ist, und die sich konzeptionell auf obdachlose und wohnungslose auf der Straße lebende Menschen konzentrieren.

Seit dem Jahr 2017 ist die Förderung der Projekte erheblich ausgeweitet worden. Über den gesamtstädtischen Ansatz hinaus bestehen seit dem Jahr 2020 zwei konkrete Kooperationen zwischen dem Bezirksamt Neukölln, der für Soziales zuständige Senatsverwaltung im Bereich Neukölln Nord/Hasenheide sowie mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg (Wrangel-Kiez). Die Ko-Förderungen betreffen insbesondere Abstimmungen zur konzeptionellen Schwerpunktsetzung in den Sozialräumen.

Die für Soziales zuständige Senatsverwaltung fördert im Jahr 2023 Projekte der aufsuchenden Straßensozialarbeit im folgenden Umfang (Beträge sind gerundet):

Träger	Plansumme 2023
e. V.	1.024.000
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.	209.000
KARUNA Sozialgenossenschaft e. G.	236.000
Straßenkinder e. V.	30.000
Sozialdienst Katholischer Frauen e. V. Berlin	132.000
Summe	1.631.000

Darüber hinaus hat der Verein für Berliner Stadtmission als Träger der Notübernachtung in der Straße Am Containerbahnhof mehrere Maßnahmen durchgeführt, um Verschmutzungen im Umfeld der Notübernachtung einzudämmen. Dazu wurde den sich dort aufhaltenden Personen eine Miettoilette außerhalb der Öffnungszeiten im Zeitraum des Wartens zur Verfügung gestellt. Weiterhin wurde ein Wartecontainer vor der Notübernachtung bereitgestellt, um die Fläche dem Ringcenter und die umliegenden Parkanlagen sowie den unmittelbaren Einlass der Notübernachtung zu entlasten. Diese Angebote wurden durch sozialarbeiterische Intervention sowie durch medizinische Versorgung ergänzt. Nach Einschätzung der Fachkräfte der Berliner Stadtmission konnten durch diese Maßnahmen sowohl die Lebensqualität und der Gesundheitszustand wohnungsloser Menschen verbessert werden als auch der Bereich um den S- und U- Bahnhof Frankfurter Allee sozialverträglich entlastet werden.

Die Berliner Stadtmission befindet sich hierzu in einem regelmäßigen Austausch mit dem Center-Management, in dem Fragen und Möglichkeiten zur Einflussnahme der Mitarbeitenden der Notübernachtung in Bezug auf den Aufenthalt wohnungsloser Menschen im Center oder das Nächtigen in den Räumen des Centers erörtert werden.

Die Berliner Stadtmission teilt die Einschätzung, dass die Sauberkeit um die Notübernachtung punktuell inakzeptabel ist, betont jedoch alles in ihren Möglichkeiten Stehende zu veranlassen, um die genutzte Flächen direkt an der Notübernachtung sauber zu halten. Die Berliner Stadtmission weist darauf hin, dass sie auf das Verhalten der Gäste außerhalb der Notübernachtung nur in geringen Umfang Einfluss nehmen kann.

Der Senat verweist weiterhin auf die Initiative und Förderung des Projekts „Tagestreff für wohnungslose Menschen“, das mit Hilfe von REACT-EU-Mitteln umgesetzt wird; Träger: GEBEWO pro gGmbH. Der Standort wird ab Mai 2023 bis Ende des Jahres in der Traglufthalle Am Containerbahnhof sein. Auch von dieser Maßnahme ist eine temporäre Entlastung im Umfeld des Ringcenters bzw. Bahnhofs zu erwarten.

Der Berliner Senat erachtet in der Umsetzung des Sozialstaatsprinzips gemäß Artikel 20 Grundgesetz die Förderung und Vorhaltung niedrigschwelliger Angebote als verpflichtend. Die Annahme der Beratung bzw. die weitergehende Beantragung von Leistungen erfolgt auf freiwilliger Basis und unterliegt jedoch keinem staatlichen Zwang. Vor diesem Hintergrund wird der Berliner Senat auch künftig freie Träger beauftragen, um nicht-versorgte Personen auf der Straße zu beraten und zu informieren.

Berlin, den 14. März 2023

In Vertretung

Wenke C h r i s t o p h

Senatsverwaltung für Integration,
Arbeit und Soziales